

Energiecharta-Vertrag - ein Highway zur Klimahölle (UN Guterres)

Welche Politik und wessen Interessen vertritt die EU?

Zur Entwicklung :

Dem verbindlichen Energiecharta-Vertrag ging die Europäische Energiecharta von 1991 als politische Absichtserklärung vor, 1994 wurde sie beschlossen. Als Hauptziel der Europäischen Energiecharta wurde die Förderung des Wirtschaftswachstums durch Maßnahmen zur Liberalisierung von Investitionen und Handel mit Energie angegeben. Ursprünglich beabsichtigt wurde mit der Europäischen Energiecharta und dem späteren Energiecharta-Vertrag die Nutzung von Rohstoffen im Gebiet der ehemaligen UdSSR gegen die Übertragung westlichen Know-Hows und von Investitionen im gesamten Energiesektor. Der Energiecharta-Vertrag sollte den rechtlichen Rahmen für eine Ost-West-Energiekooperation im Einklang mit den politischen Zielen der Europäischen Energiecharta schaffen (Quelle: Wikipedia) , damit ein Instrument der Sicherheit für die Investoren zu haben.

Nach Abschluss des Vertrags 1994 setzte die Liberalisierung der Energiemärkte ein:

Die Energie und die Versorgung damit wurde den hochspekulativen und krisenanfälligen Finanzmärkten ausgeliefert und privatisiert.

Die Mitglieder des ECT - Vertrags heute:

Afghanistan, Albanien, Armenien, Österreich, Aserbaidschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Europäische Union und Euratom, Finnland, Frankreich, Georgia, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Irland, Japan, Jordanien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldawien, Mongolei, Montenegro, Die Niederlande, Nordmakedonien, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tadschikistan, Truthahn, Turkmenistan, Ukraine, Großbritannien, Usbekistan und Jemen. **Italien ist 2016 ausgetreten** - Gründe unten

Wer sind die Akteure auf dem europäischen Energiemarkt?

In der EU sind die Energiekonzerne in **Deutschland**: E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall (Schwedischer Staat) und seit 2016 Uniper (als Ausgründung von E.ON, 2021 am größten von allen 5, 2022 zahlungsunfähig, wenn der Staat Uniper nicht subventioniert hätte. Der Grund: Uniper wurde deshalb groß, weil es am billigsten zu Gas aus Rußland kam - und teuer verkaufte, dies fiel mit den Sanktionen des Ukrainekriegs gegen Rußland weg.

Die 5 Konzerne decken von Produktion bis zum Verkauf alles ab - Monopolcharakter.

In Frankreich : EDF – staatlich gestützt, Spanien: Iberdrola, Italien: ENEL, Großbritannien: SSE, Niederlande: Rockhopper Niederlande (bekannt durch seinen Prozess gegen Italien *1)

*1 : 2017 erhob Rockhopper Klage gegen Italien, weil dem Konzern die Konzession für Offshore-Ölbohrungen aufgrund der Proteste der dortigen Bevölkerung nicht erteilt wurde. 2022 wurden dem Konzern 250 Mio € Schadensersatz für ihnen entgangenen Profit vom dem Sondergericht der Weltbank zugesprochen – dieser hatte nur 30 Mio. € investiert!

Wie agieren diese Akteure?

2. In Deutschland ist sehr bekannt: 2009 verklagte Vattenfall Deutschland wegen Umweltauflagen in Hamburg bei neuem Kohlekraftwerk. Seit 2012 fordert Vattenfall 6,1 Mrd. € von Deutschland für entgangene Gewinne aus stillgelegten Atomkraftwerken. Gerichtskosten bis 2022 22 Mio €!

RWE und Uniper verklagen die Niederlande auf 1,4 Mrd. € bzw. 850 Mio.€ Schadensersatz

Der holländische Öl- und Gaskonzern Rockhopper verlangt von Italien 250 Mio € (entgangene Gewinne aufgrund des Verbots neuer Offshore Ölbohrungen).

Spanien, Polen, die Niederlande, Frankreich und Slowenien haben angekündigt, aus dem Energiecharta-Vertrag auszusteigen. In einem [Brief an die Europäische Kommission](#) begründet die spanische Regierung ihren Ausstieg damit, dass die Reform des ECT nicht mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens und dem Europäischen Green Deal vereinbar sei. [Sloweniens Infrastrukturminister hat konstatiert](#), dass der Vertrag „seinen ursprünglichen Zweck nicht mehr erfülle“ und EU-Gerichte die besseren Adressen für Streitfälle seien.

Attac Ö „wir müssen die Liberalisierung der Energiemärkte beenden“:
Gesellschaftliche Kontrolle!

Wie sieht es in Deutschland aus?

Deutschlands Entscheidung könnte für andere Länder richtungsweisend sein. -

Die Ampel in Deutschland hat am 15.11.2022 vereinbart, aus dem ECT auszutreten.

Allein in Deutschland schützt der Energiechartavertrag fossile Investitionen in Höhe von 54 Mrd. € ! Deutschland hat diese Woche eine Reform des ECT im EU-Rat nicht unterstützt und seinen Austritt aus dem ECT angekündigt.

Das Europaparlament hat am 24. 11. beschlossen:

Mit 303 zu 209 Stimmen hat das EU-Parlament eine Resolution verabschiedet, die die EU-Kommission dazu auffordert, aus dem Energiecharta-Vertrag auszusteigen. Zuvor war schon im Europäischen Rat keine Zustimmung zur unzureichenden Modernisierung des Vertrages zustande gekommen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie begrüßt das Ergebnis der Abstimmung.

Nachdem alle großen EU-Mitgliedsstaaten einen Ausstieg angekündigt haben, muss die Europäische Kommission nun endlich ihre Blockadehaltung aufgeben und einen Vorschlag für einen gemeinsamen Austritt vorlegen. Nach Italien, Polen, Spanien, den Niederlanden, Frankreich und Slowenien hat am 25.11.22 auch Deutschland den Ausstieg aus dem Vertrag angekündigt. Damit stellen jene Staaten, die aus dem ECT austreten werden oder bereits ausgetreten sind,

mehr als 70 Prozent der Bevölkerung der EU. Österreich ist kurz vor einem Ausstieg.

„Der ECT hat allerdings eine „Sunset-Klausel“ : So können Unternehmen die Staaten noch 20 Jahre - nach ihrem Austritt aus dem ECT - verklagen.

Fazit: Der ECT ist die Geheimwaffe der fossilen Konzerne, um ihre Profite und Macht zu sichern. Die Notwendigkeit von Klimaschutz wird von ihnen nicht akzeptiert.

Weitere Faktoren der EU - Energiepolitik

Attac Österreich

Die EU-Kommission will den Widerstand Österreichs und anderer EU-Staaten gegen das [Handelsabkommen EU-Mercosur](#) aushebeln. Sie plant, das Abkommen in ein politisches und ein wirtschaftliches Kapitel zu teilen (“Splitting”). Der wirtschaftliche Teil soll dabei möglichst rasch ohne Mitsprache der nationalen Parlamente beschlossen werden können - dafür sollen bereits eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat und eine einfache Mehrheit im EU-Parlament genügen. Auch bei den Abkommen EU-Mexiko und EU-Chile will die EU-Kommission so vorgehen.

Rohstoffwende und Energiewende müssen zusammengedacht werden: PowerShift

Für eine effektive Bekämpfung des Klimawandels ist der Ausbau erneuerbarer Energieinfrastruktur im Gegensatz zum Ausbau fossiler Energieträger essenziell. Dieser Ausbau und der damit einhergehende Metallbedarf rechtfertigen in keiner Weise mögliche soziale und ökologische Auswirkungen sowie globale Ungerechtigkeiten beim Rohstoffabbau. **Vielmehr verdeutlichen unsere Ergebnisse die Dringlichkeit, unseren Umgang mit Rohstoffen im Sinne einer Rohstoffwende zu transformieren.** Dies bedeutet zum einen, dass metallische Rohstoffe, auch solche, die für erneuerbare Energietechnologien benötigt werden, unter den höchstmöglichen ökologischen und sozialen Standards abgebaut werden müssen. Zudem ist es essenziell, den absoluten Verbrauch an metallischen Rohstoffen zu senken. Ein wichtiger Hebel sind sektorspezifische Ziele. Hier ist der Energiesektor anders gefordert als zum Beispiel der Mobilitätssektor: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist alternativlos und prioritär zu behandeln, während im Mobilitätsbereich eine schnelle Abkehr des motorisierten Individualverkehr initiiert werden muss. Gleichmaßen spielt der Ausbau einer zirkulären Ökonomie mit einem Fokus auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und einem auf Kreislaufführung der Rohstoffe ausgelegten Produktdesign eine zentrale Rolle. Beispiel: Kupfer in Chile

Allein im Jahr 2030 brauchen Batterien in E-Autos von Volkswagen fast 10 Mal mehr Aluminium und Nickel als der gesamte Ausbau der Windkraft in Deutschland bis dahin

In der Studie hat PowerShift die Berechnungen der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) zum Materialverbrauch für den Ausbau der Windkraft- und Solaranlagen in Deutschland der Nachfrage an Rohstoffen für die Elektromobilität gegenübergestellt. Dabei fallen zwei Dinge auf: Zum einen spielen Lithium und Kobalt keine bedeutende Rolle für den Ausbau der Wind- und Solarkraft. Zum anderen könnten allein die **Antriebsbatterien der elektrischen Volkswagen, die im Jahr 2030 produziert werden, etwa zehnmal so viel Aluminium und Nickel benötigen wie der gesamte geplante Zubau an Windkraftanlagen in Deutschland von heute bis dahin.** Gerade bei Massenrohstoffen wie Aluminium, Nickel oder Kupfer könnte die Entwicklung des Individualverkehrs somit in Konkurrenz um notwendige Metalle für den Ausbau erneuerbarer Energietechnologien stehen.

Da deutsche Autokonzerne, besonders VW, Elektroautos im Mittelklassensegment – viel Rohstoffe, viel Strom verbrauchen, aber ihre Rolle als Spitzenreiter gegenüber China und USA damit ausbauen hat das Wirtschaftsministerium die Vertreter der Autokonzerne ins Ministerium geladen und nach ihren Wünschen zum Mercosur-Abkommen gefragt.

Wer hat die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung wahrgenommen? Deutschland ist in diesen Fragen vorantreibendes Mitglied der EU – für die Autokonzerne!

Download unter PowerShift:

„Mobilitätswende ausgebremst – Das EU – Mercosur-Abkommen und die Autoindustrie“

„Mythen rund um den Energiecharta-Vertrag entkräften: Ein Leitfaden für Medien, Politik. Und Gesellschaft“